

## Neue Sichtbarkeiten und Fragen im Licht der Ereignisse

### Vorbemerkung

Wie wahrscheinlich vielen von uns, vergingen mir die letzten Wochen und Tage von 1989 in einer ständigen Spannung zwischen zwei Polen. Der eine war die "freiflottierende Aufmerksamkeit", die möglichst viel von dem Unbekannten, das die Sprache der Ereignisse - und der sie mitgestaltenden Diskurse - mitteilte, einzufangen versuchte, ohne es im Vorhinein in schon Bekanntes einzuordnen. Der andere Pol war die Anstrengung, das Wahrgenommene zurückzubeziehen auf einen sinnhaften politischen Handlungsrahmen, der - mit welchen Korrekturen auch immer - auch Kontinuität gewährleisten müsste. Kontinuität in der Weiterentwicklung der grünen, demokratisch-ökologischen Politikerneuerung.

### NEUE SICHTBARKEITEN

Die Spannung zwischen den zwei Polen war - wahrscheinlich nicht nur bei mir - in dieser Zeit recht hoch. Zwischen dem, was die freie Aufmerksamkeit vom 'Historischen' einfiel und dem Rückbezug auf die Perspektiven innerhalb der neuen Verläufe der politischen Kraftlinien im bundesdeutschen Raum, rissen immer wieder die Vermittlungsfäden. Anders gesagt: weniger denn je seit der Gründung der Grünen geht der öffentliche vernehmbare grün-demokratische Diskurs mit den Veränderungen der "politischen Grammatik" des bundesdeutschen politischen Raumes synchron. Die Wirksamkeit des grün-demokratischen Diskurses und seiner wichtigsten Einzelkonkretionen (z.B. in Sachen Entmilitarisierungskampagne) scheint einen anderen Träger zu fordern, als es die Grünen gegenwärtig sind, oder scheint zumindest einen anderen Ort innerhalb des politischen Schachbretts zu fordern als jenen, den die Grünen - teils aus eigenen Impulsen, teils geschoben - gegenwärtig einnehmen. Und die Möglichkeiten eines Positionswechsels scheinen nicht sehr groß und nicht sehr klar zu sein.

Bevor man sich diesen eher undeutlichen Möglichkeiten zuwendet - natürlich nicht nur, um sie zu beklagen, sondern auch, um sie zu verdeutlichen - tut es vielleicht gut, einige Punkte anzusprechen, in denen sich in den letzten Wochen eine Deutlichkeit und Sichtbarkeit entwickelt hat, die so zuvor nicht da waren.

Unter diesen Punkten übergehe ich hier - aus zeitökonomischen Gründen, und weil er häufiger analysiert worden ist - jenen, der bei den historisch-politischen Veränderungen der letzten Monate vielleicht am meisten ins Auge fällt: Ich meine die klare Sichtbarkeit des Auseinanderfallens jener "Befestigungslinien" und Grenzziehungen, die in den ideologischen und "wissenschaftlichen" Systembegriffen ("Sozialismus" - "Kapitalismus") verankert waren. Man könnte natürlich auch sagen, daß diese Sichtbarkeit schon im Ansatz des "Grünen Projektes" angelegt war. Insbesondere war diese Sichtbarkeit im Diskurs jenes "Grünen Aufbruchs" - mal deutlicher, mal indirekter - gegenwärtig, bei derjenigen Gruppierung, die nach 1989 die Spaltung des "neuen Diskurs-Trägers" entlang der "alten Links-Rechts-Logik" verhindert hat. (Am deutlichsten war dies zuletzt im Text von Ralf Fücks und Bernd Ulrich in der TAZ vom Anfang Dezember 89 angesprochen.)<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Die politisch-theoretische Konsequenz allerdings, daß nämlich es den "Kapitalismus" (als eine mit sich identische und ökonomisch durchdeterminierte "Gesellschaftsformation") nicht gibt, ist für viele immer noch schwer nachvollziehbar: Wenn das sogenannte "Antikapitalistische" schwindet, meint man, daß auch das Widerständige gegen die destruktiven Momente der ökonomischen Dynamik der industriellen Moderne schwinden muß. Das Täuschende am Anspruch einer ungestörten Fortschreibung der linken Version des "Antikapitalistischen" (sie ist ja nicht die einzige) liegt genau besehen darin, daß er noch immer so spricht, als wären die fraglichen Widerstände weiterhin auf einen objektiven Schlüsselmechanismus des "Systems" (z.B.: "Gewinnmaximierung") fixierbar. So als wüßte man - wie in den Illusionen des ökonomischen "Marxismus-wissens" - welches "Kernstück" man politisch aus dem "ökonomischen System" rausoperieren müßte, damit die Ökonomie und die Gesellschaft "befriedet" werden und sich in eine Veranstaltung der direkten Befriedung der materiellen Interessen der Individuen verwandeln könnten. D.h.: als wüßte man, wie die endlich voll rationale "bürgerliche Gesellschaft" zu realisieren wäre. Wird aber deutlich, daß es dieses "Herzstück" - an dem das Zerstörerische, die Entfremdung, die Ausbeutung festzumachen wäre - so nicht gibt, dann wird es nicht nur sinnlos, weiter über "Kapitalismus" und "Antikapita-

Es ist ein anderer Punkt von "erhöhter Sichtbarkeit", auf den ich eingehen will. Er ist nicht minder bedeutsam für die Entwicklungschancen der grünen Politikerneuerung und - breiter gesehen - für das Aufbrechen der gegenwärtigen hegemonischen Verhältnisse auf deutschem - und besonders auf bundesdeutschem - Boden. Er ist aber - bei aller erhöhten Sichtbarkeit - unvergleichlich weniger bewußt wahrgenommen, geschweige denn offen artikuliert worden.

Es geht um die deutlichere Sichtbarwerdung der Verknüpftheit der - an sich bekannteren - links-bundesdeutschen Blockade des "Nationalen" mit einer verhängnisvollen Blockade des "Demokratischen". Oder anders gesagt: um die deutlichere Sichtbarwerdung der Verknüpftheit der zwanghaften oder überrationalisierten Leugnung der - nie "grenzenlosen" - historisch-symbolischen Dimension der Politik und der Gesellschaft, mit den offen oder versteckt elitären Artikulationen des Demokratisch-Politischen.

Auch Ralf Fücks und Bernd Ulrich haben in ihrem oben erwähnten Artikel auf diese Verknüpftheit hingewiesen. Fücks und Ulrich weisen darin knapp auf die Konsequenzen einer angst-, ja aggressions-besetzten Abwehr von deutschen Identitätsmomenten hin, durch welche "Selbstbestimmungsbeschränkungen" einen nicht politischen, sondern moralistischen "strafenden" Sinn bekommen und von dort her das Demokratische beschränken. Ich habe jedoch den Eindruck, daß dieser kurze Hinweis der beiden zunächst gar nicht plausibel erscheint.

Die Plausibilität dieses Zusammenhangs stellt sich allerdings dann leichter her, wenn man, auch in grünen Diskussionszusammenhängen der letzten Wochen, mit dem ganzen Ausmaß der antidemokratischen Folgen der erwähnten Verleugnung konfrontiert wird.

In vielen dieser Zusammenhänge wurde vielfach nicht nur die politische Opportunität z.B. einer Volksabstimmung in Sachen "deutsche Einheit" in Frage gestellt. Darüber ließe sich gewiß diskutieren. Vielmehr wurde mehrfach allen Ernstes die prinzipielle, ja die "moralische" Zulässigkeit einer deutschen Selbstbestimmung in Frage gestellt. Dies mit Argumenten, deren zentrale Falschheit darin lag, daß in ihnen ständig eine "Rücksichtnahme" auf "andere" gemimt wurde, für die die Aufhebung der "Teilung" unerträglich sein sollte, während es in Wirklichkeit um eigene Ängste und Animositäten ging. Daß solche hochideologischen Folgen der "Identitätsfrage" (wenn auch in der Gestalt der "nationalen Negatividentität") auch bei den auf Demokratieerweiterung hin entstandenen Grünen eine Bedeutung erhalten konnten, sollte uns zu denken geben. Die Aufladung von Identitäten, sei es in nationalistisch oder "lagerideologisch"/rechts-links/betonten Formen und ihr spannungsvolles Verhältnis zu demokratischen Entscheidungsprozessen, ist nicht etwas, was wir "hinter uns" gelassen hätten und worüber der "aufgeklärte Westen" im Unterschied zu anderen erhaben wäre.

Es ist nun gewiß so, daß die in dieser Gestalt auftauchende eindeutige und harte Animosität gegenüber "deutschen Identitätsmomenten" eine Minderheitsposition auch innerhalb der Grünen ist. Ihre verunsicherten Varianten beherrschen jedoch die Tonlage des grünen Diskurses in der "deutsch-deutschen" Frage. Mehr noch: sie wurden in der verwandelten politischen Landschaft zu einem der Hauptmerkmale, die den Grünen ihren "differentiellen Platz" ("Grüne" einerseits - andere Bundestagsparteien andererseits) in dieser Landschaft zuweisen. Sie könnten damit in den Wahlkämpfen

---

lismus" zu reden. Es wird auch - angesichts der geschichtlichen Erfahrungen - unverantwortlich. Derart zu sprechen suggeriert nämlich, daß die Katastrophen des 60 jährigen operativen Eingriffs im Osten (ein Eingriff, der mindestens so viele Opfer gefordert hat wie die "Bereinigungsoperationen" des Faschismus), bloß einer "falschen Operationstechnik" verschuldet sind, und daß folglich der Patient bei der nächsten Gelegenheit erneut einem vielleicht noch radikaleren Eingriff - auf Grundlage derselben "Diagnose" - unterworfen werden müßte. Der Sinn dieses Vergleichs wird allerdings dann fraglich, wenn man, wie in der liberalen und nur "civil society"-zentrierten Sicht, einen gleichmäßig "gesunden" Gesellschaftspatienten unterstellt, der von der modernen Besetzung des "macht Euch die Erde untertan" und seinen Folgen nicht affiziert ist. Politisch sinnlos und politisch-ethisch kontraproduktiv ist allerdings die ebenso verbreitete wie gedankenlose Zurechnung der weltweiten Opfer der Entwicklungs- und Gewaltwettläufe zu jenem "Zentralmechanismus", der das "Wesen des Kapitalismus" ausmachen würde. Das "Reale" in dieser Zurechnung liegt einzig und allein in der von einem Wissen geleiteten Gegengewaltlegitimierung, die sie leistet und in der Auslöschung der Differenz zwischen dem Demokratischen und dem Totalitären.

des Jahres 1990 - in der die Deutschlandfrage übrigens nicht "künstlich", sondern "historisch-naturgemäß" - zur "einfärbenden" Zentralfrage der politischen Auseinandersetzung, zur "Zentraldifferenz" ("Grüne" - "Andere" ) werden. Nebenbei bemerkt bedeutet das eine hundertprozentige Garantie für ein bequemes Überspringen der 5 %-Grenze der Grünen: nicht bloß wegen einer Konzentrierung des "linken Oppositionseffektes", sondern auch wegen des damit unterschwellig mit einhergehenden Appells an den westdeutschen Wohlstandsegoismus, der in der Artikulation dieser Differenz auch mitklingt. Eine "westdeutsch-nationalistische" Artikulation des "Nationalen" liegt übrigens von der fraglichen Differenzartikulation nicht sehr fern. Laut Spiegel-Umfrage haben die Wähler der "Republikaner" die größten Aversionen gegenüber den DDR-Deutschen, wenn sie als "Solidaritätseinkläger" erscheinen, - was übrigens ein Hinweis ist auf die grundverschiedenen Artikulationsmöglichkeiten des "Nationalen".<sup>2</sup>

Man kann jedoch bei einer Wahl prozentual relativ gut herauskommen und sie politisch trotzdem verlieren - verlieren nicht nur durch die Einnahme und die Verfestigung einer subalternen Position, sondern auch durch die Besetzung einer entmutigenden und letztlich entpolitisierenden Rolle im demokratischen und solidarischen Raum.

Ich glaube, es ist in den letzten Wochen sichtbar geworden, daß wir die Demokratie- und Solidaritätseinschränkungen, die in der fraglichen Leugnung des Nationalen liegen, nicht ernst genug genommen haben. Gewiß kann man sie mit den uns allen bekannten, auf die "jüngste deutsche Geschichte" bezogenen, historisch-rationalisierenden Erklärungsmustern begründen und "entschuldigen". Erinnern wir uns an die Parallelität zur "nationalen Frage": Auch das Selbständigwerden der Grünen in der "Demokratiefrage" ist nicht im Laufe einer "Erklärung" der "lagerlinken" und demokratisch-paralysierenden Verächtlichmachung der "formal-bürgerlichen Demokratie" entstanden, sondern in der Auseinandersetzung mit ihr.

Die nun akut gewordene Blockade einer demokratischen Erneuerung im deutsch-deutschen Raum, die durch die Verleugnung jener symbolisch-historischen Identitätselemente, die den deutschen politischen Demokratieraum mitkonstituieren, gesetzt wird, müßte jetzt ebenso offen angegangen werden, wie vor einigen Jahren die Blockierung des demokratischen Diskurses durch die "marxistische" Negierung der konstitutiven Bedeutung des "Pluralismus" (als einer Differenzartikulation die durch keinerlei "wissenschaftliche Politik" aufhebbar ist).

Diese jetzt wahrnehmbar werdende zweite Etappe der Selbständigwerdung der "grünen Demokratieartikulation" ist die Voraussetzung für eine hegemonische Perspektive, von der aus die Drittweltproblematik aus jener globalisierenden und moralisierenden Dimension "herausgelöst" werden kann - eine Dimension, zu deren "Geschlossenheit" das Herunterspielen des Preises der europäischen Teilung und der Verbrechen des "historischen Sozialismus" notwendig dazugehörten -, um sie in eine politische Dimension zu überführen.

Umgekehrt gesagt: innerhalb einer schon angelaufenen politischen Dynamik, die ohne jeden Zweifel zu einem neuartigen "Deutschen Bund" führt, kann ein Diskurs, der von der jetzigen politischen Verortung der Grünen in dieser zentral gewordenen Frage ausgeht, nichts zu der radikaldemokratischen solidarischen und ökologischen Ausgestaltung dieses Prozesses beitragen. Von einer Stelle des blo-

---

<sup>2</sup> Es ist ein Hinweis auch darauf, daß die solidarischen Dimensionen des Nationalen, als Charakteristik eines politischen Innenraumes in welchem die "gesetzlichen" Formen des Solidarischen (in der modernen Gesellschaftlichkeit z.B. die Legalität von Sozial- und Einkommensgesetzlichkeit auch immer macht- und hegemoniebezogen ausgefochten werden), eine unaufhebbare Differenz zu jenen Dimensionen des Solidarischen aufweisen, die ethisch-religiös (oder auch "universalistisch") begründet sind. Der puristische und überrationalisierte Diskurs der "civil society", der diese in reinen Universalwerten gegründet sehen will, unterschlägt mit dieser Differenz die Spezifität des Politischen und die Nicht-Voll-Universalisierbarkeit der symbolischen und imaginären (d.h. identitätsgebundenen) Räume. Das gilt natürlich in einem noch viel stärkeren Maße für den scheinbar "menschenfreundlichen", in Wahrheit aber hochaggressiven Diskurs über "offene Grenzen" und "grenzenlose Gesellschaft", der auf einer imaginären Selbstbestätigung einer gleichzeitig hochmoralischen und hochverurteilenden Pseudopolitik (pseudo- weil ohne Aushandlungsdimension) basierend, den Rassismus der vollen Ausgrenzung mit seinem spiegelbildlichen Gegensatz und Ebenbild bekämpfen will.

ßen Bremsers und Warners her kann keine demokratische Ermutigung ausgehen. Festgeklopft wird so nur jene alt-neue Subalternität "deutschen Linksseins" von dem der grün-demokratische Diskurs sich gerade begann abzulösen.

## ZWEI SPEZIFISCHE "NEUE SICHTBARKEITEN" IM DEUTSCHEN POLITISCHEN RAUM

Die potentielle politische Produktivität, die in den Ereignissen der letzten Wochen und Monate liegt, kann nur wirksam werden, wenn wir die neu hervortretenden politischen Sichtbarkeiten nicht mit "sowieso schon gewußten" Evidenzen überblenden, die aus früheren Zusammenhängen stammen. Diese neue Sichtbarkeit betrifft vor allem zwei Punkte:

- a) Die unerwartet rapide Selbstkonstituierung eines gewiß differenzbehafteten, aber doch einheitlich umgreifenden deutschen politischen Raumes.
- b) Die prägende Bedeutung der West- und Ostvarianten des "schematischen Antifaschismus" für die doppelt differenzierte (Ost-West)deutsche linke Identität in der zu Ende gehenden Nachkriegsperiode.

Bereits nach den entscheidenden Tagen von Leipzig wurde die spezifische, spannungsvolle Wirklichkeit eines revolutionär aktualisierten, sowohl gemeinsam als auch differenzbesetzten deutschen politischen Raumes erfahrbar. Das Wort von Antje Vollmer, das die historische Bedeutung der "ersten friedlichen und erfolgreichen Revolution auf deutschem Boden" hervorhob, rückte dies entschiedener ans Licht als die Metapher Brandts: "Jetzt kann zusammenwachsen was zusammen gehört". Besonders wenn sein "Jetzt" auf die Maueröffnung oder auf eine "Normalisierung" der Kommunikation bezogen wird und nicht auf den (auch diesmal provozierten Umschlag der oppositionellen Reformbewegung in eine revolutionäre, d.h. in eine Bewegung, die die Souveränitätsfrage in der Form einer Massenbewegung stellt.

Die entscheidende Parole "Wir sind das Volk" drückte diesen Umschlag aus. Ihre vielbeklagte Teilverwandlung in "Wir sind ein Volk" artikulierte sich im wesentlichen auch als ein Komplement-Anspruch gegen eine benachteiligende Spaltung, denn als eine nationalistische Identitätsbestätigung. Wer seine Ohren vor diesem Akzent verschließt und darin lediglich eine nationalistische Chimäre wiederzuerkennen glaubt, der wird auch den wesentlichen Akzent in "Wir sind das Volk" überhören.<sup>3</sup>

Ich betonte oben den politischen Charakter des neu eröffneten "deutschen Raumes", weil gerade seine Wirklichkeit durch "politische" und "wissenschaftliche" Ideologien am meisten unterschlagen wird. Was macht seine spezifische Wirklichkeit aus? Warum ist es unzulässig, ihn auf einen staatllich-bürokratisch hergestellten, auf einen bloß "kommunikativen" oder "kulturellen" oder gar auf einen naturwüchsig-organischen Einheitsraum zu reduzieren?

Es fällt zunächst ins Auge, daß sich die volle "innerpolitische" Signifikanz von Einzelpositionen oder Einzelereignissen nicht mehr an ihrer separaten Einzelbedeutung innerhalb der BRD oder der DDR ablesen läßt. Auch umspannt jenes Netz der öffentlichen Politikbezüge, durch die sich die neuen "Feldplätze" der einzelnen politischen Diskursträger herausbilden, eindeutig einen neuen "innenpolitischen" Gesamtraum.

Schon auf dieser unmittelbaren Ebene wird es deutlich, wie ausgeprägt die Abwehr - vor allem in der BRD - gegenüber der öffentlichen Sichtbarmachung des neuen "innenpolitischen" Raumes ist, in dem doch alle politischen Kräfte schon praktisch agieren. Auch hier spricht die Metapher des "Zusammenwachsens" ungenau und evoziert das falsche Bild, als ob es sich bei diesem neu entstandenen innenpolitischen Raum lediglich um das Zusammenwachsen der "Ränder" eines schon immer existierenden Raums der politischen Geographie handelte. Historisch und politisch noch unsensibler ist dann das aggressive Rasonieren über das Fehlen "naturrechtlicher Legitimität" eines deutschen Nationalstaa-

---

<sup>3</sup> Seither kann nicht nur die Regierung, sondern auch das Regime der DDR ihre Legitimität nur durch die Betonung ihres rein administrativ-provisorischen Charakters behaupten.

tes, das mit eben diesem Argument des Mangels die Gewaltsamkeit der deutschen Teilung kaschiert und ineins den revolutionär entstandenen neuen deutschen politischen Innenraum verleugnet.<sup>4</sup> Das Einmalige darin ist allerdings die Kollusion der sonst gegensätzlichen politischen Kräfte des bundesdeutschen Spektrums in dieser Sache, - natürlich aus verschiedenen Motivlagen heraus. Während das etablierte Parteienspektrum alles tat, um jedwede "durchwirbelnde" Einwirkung der DDR-Revolution hier zu verhindern und jeden Gedanken daran zu vertreiben, daß in der DDR - und damit im deutschen politischen Raum - auch neu - und andersartige Träger demokratischer, ökologischer und solidarischer Diskurse entstehen könnten, tat nicht nur die "politische Linke", sondern auch praktisch die gesamte "kritisch-liberale Intelligenz" (in der panischen Angst, ihre "bundesrepublikanische" und so selbstverständlich nicht-deutsche Identität zu verlieren) ihr Bestes, um die "hiesige" Bedeutung des Umbruchs - die ohne ihre auch einigende Bedeutung nicht zu haben war - herunterzuspielen.

Das etablierte Parteienspektrum fand es dabei selbstverständlich, überall in der DDR an öffentlichen politischen Versammlungen mit ihrer Akzentuierung eines "umgreifenden" deutschen Diskurses aufzutreten, ohne daß nur eine öffentliche Versammlung "hier" bekannt geworden wäre, in der die Vertreter der Deutschen Demokratischen Revolution die Gelegenheit gehabt hätten, die Menschen hier mit ihrer Version des deutsch-umgreifenden Diskurses anzusprechen.

Die volle Bedeutung des neuen politischen Raumes bekommen wir jedoch nur in den Blick, wenn wir auch gleichzeitig ihre geschichtlichen und "theorielevanten" Dimensionen erfassen. Das Licht der Ereignisse beleuchtet es in diesen Wochen stärker als sonst, wie wenig die Eigenart des Modern-Politischen mit "positiven" soziologischen oder politologischen Kategorien zu erfassen ist. Auch der in Frage stehende neue politische Raum öffnet sich als demokratischer, durch eine emphatische Artikulierung der "Volkssouveränität", die in ihren eigentlichen Ursprüngen von 1789 ebenso wie heute auch ein konstitutives Moment von Negation, von Antagonismus gegenüber einer usurpierten Souveränität über das "Volk" hat. (Selbst wenn in "Osteuropa" die dem Volk übergeordnete und "positive" Souveränität sich von einer sakral ausgefüllten Legitimität in eine "wissenschaftliche" (wissenschaftlicher Sozialismus) verwandelt hat.)

Im "Wir sind das Volk" ist das "wir" kein bloß positives, geschlossenes "Gruppen-Wir", und das "Volk" ist keine "Bevölkerung". Auch wenn sich andere, kulturell-historisch und soziologisch beschreibbare "Wir-Formen" dazwischenschieben, konstituiert genau dieser sowohl "gegenbezogene" wie auch in sich differenzierte "Wir-Raum" den einzigartigen politischen Raum der demokratischen Moderne. In ihm ist, in der Formulierung von Claude Lefort, "der Platz des Souveräns leer".

Die Unbesetztheit dieses Platzes hat - allerdings unbemerkt von neueren Demokratietheorien der "2. Frankfurter Schule"<sup>5</sup> die andersartige "Überbesetztheit" eines ökonomischen Entwicklungsinteresses zum "Komplement", deren Sinnggebung sich mehr als je zuvor nur rivalitätsbezogen, d.h. symbolisch verarmt realisieren kann. Die Ausklammerung dieses Komplements macht aus dem politischen Raum einen formalisierten, in dem es nur um eine rationale Regelung der Interessenausstragungen gehen kann, - von "Interessen", die immer schon vor ihrer "politischen Repräsentationsform" objektiv gegeben sind. Der spezifisch sozialistische Begriff des "Primats der Politik" versuchte gerade innerhalb dieses verarmten politischen Raumes das Politische als vollendete Durchsetzung der wissenschaftlich erkannten "richtigen" Interessen, als uneingestandene - wissenschaftlich legitimierte - Wiederbesetzung des "Platzes des Souveräns" wirksam werden zu lassen. In diesem so degradierten politischen Raum wird auch die "Ökologiefrage", deren Lösung jetzt von einem rationalen Ökologiewissen abhängt, das - etwa biologistisch oder systemtheoretisch artikuliert - den formalisierten politischen Austragungsmechanismen objektive Fakten und Normen zuspielt, zu einer gattungsbezogenen "Interessenfrage". Damit wäre die "Ökologiefrage" weiterhin in das verarmt Politische eingelagert, und

---

<sup>4</sup> Dazu der Artikel von S.Chr. Kolm in der Le Monde vom 21.2.90 (TAZ-Übersetzung vom 23.2.90). Aber auch Ulrich Hausmann will - in seinem TAZ-Artikel vom 9.2.90 - die Legitimation der "Wiedervereinigung" (qua "natürlicher Grund" für ein "Recht") dort suchen, wo er weiß, daß sie nicht zu finden ist. Man wird leicht zu dieser Trickserie verführt, will man partout den historisch-politischen Komplex der Staatsbürgerrechte in die sauberen Kästchen "völkisch" - "nicht völkisch" aufteilen.

<sup>5</sup> Frankenberg et al., Die demokratische Frage, Ffm. 1989

ihre Lösung würde - überspitzt formuliert - folglich wiederum von einer - diesmal "ökologisch" angeleiteten - Wiederbesetzung des "Platzes des Souveräns" abhängen. Dahin gehen jedenfalls die Bahroschen Spekulationen über ein auf "Gattungsinteresse" hindenkendes und mitentscheidendes "Oberhaus", dessen Konstruktion den Differenzen und den Pluralitäten der je spezifischen politischen Räume nur die subalterne Bedeutsamkeit von kurzsichtigen Interessendifferenzen zugesteht und sie von jeglicher (immer identitätsbezogener) Negativität reinigen will. Solche und ähnliche Spekulationen verfehlen sowohl zentrale Momente jener praktisch-historischen Politikerneuerung, die in den grün-demokratischen und in den anti-totalitär-demokratischen Aufbrüchen des "Ostens" gegenwärtig sind, als auch jene theoretischen Erweiterungen eines postmarxistischen Hegemoniebegriffs, die der Degradierung des politischen Raumes entgegentreten und von der offenen und nicht mehr geschlossenen (objektiv interessenbestimmten) Identität der spätmodernen Akteure und ihrer Diskurse ausgehen. (Die Arbeiten von Ernesto Laclau haben Exemplarisches für diese Erneuerung geleistet.)

Der in der DDR entstandene neue politische Raum, der durch die jetzige Nicht-Isolierbarkeit eines deutschen Raumes auch in die BRD hineinreicht, ist allerdings mit seinem "Negativbezug" (d.h. mit seinem ihn mitkonstituierenden "Gegen") nicht einfach mit jenen Demokratieräumen gleichzusetzen, die gegenüber absolutistischen und sakral-hierarchischen Souveränitätsansprüchen entstanden sind. Die neuen demokratischen Revolutionen des "Ostens" können trotz aller ideologischen Einebnungsversuche nicht die gleiche Art des "demokratisch-Politischen" entstehen lassen, das aus den antifeudalen und antimonarchistischen Revolutionen entstanden ist. So war und ist schon Solidarnosc nicht in den überkommenen ideologischen Mustern einfügbar. Schließlich ist die unter dem klassischen "Primat der Politik" stehende "sozialistische Wiederbesetzung" des "Platzes des Souveräns" nicht von einem "Außen" her gekommen, d.h. nicht von einem gesonderten, von den inneren Problemen des "westlichen" abgelösten "östlichen" Entwicklungsinteresse.<sup>6</sup>

Dies zeigt allerdings, wie wenig wir bislang der fraglichen "Differenz demokratischer Räume" durch ihr konstituierendes "Gegen" nachgegangen sind. Aber es zeigt auch, wie regressiv die Versuche sind, aus dem "Westen" her das spiegelbildliche Spektrum der - hier vor mehr als hundert Jahren entstandenen und seit damals auf der rechts-links Achse fixierten - "parteilichen Diskursträger", in den neu entstandenen demokratisch-politischen Raum Ost-Mitteleuropas hinüberzutragen.

---

<sup>6</sup> Auch wenn es richtig ist (in dem obigen Sinne einer Kritik des "Kapitalismusbegriffes"), daß der "russische Sozialismus in Mitteleuropa" (Mihaly Vajda) keine Antwort auf "den Kapitalismus", sondern auf die russische Geschichte war, war es selbstverständlich der "Westen", d.h. der "Anspruch" der Moderne, der die russische Geschichte in jene Art Geschichte verwandelt hat, in der - und dies gewiß nicht bloß in Rußland - "etwas", was man eben als "Primat der Ökonomie" erfuhr, zu einem "Problem" wurde. Und nicht bloß zu einem "Problem", dessen Lösung man der "Fortführung des Klassenkampfes" und der "Geschichte" oder der "Moral" (als politikunabhängiger Bereich der Werte und des Sollens) anheimstellte, sondern zu einem politisch konkret angehbaren Problem, das zu einem durch die Radikalisierung der demokratischen (und nicht der "proletarischen") Revolution scheinbar zu "durchschlagenden" Knoten wurde. Und dies für einen politischen Marxismus, der "an der Sache selbst" versucht hat, über die "bürgerliche" (d.h. interessenrationale) Politikpraxis hinauszuwachsen, ohne jedoch das Konzept des Politischen selber - und die Art des "Primats" desselben - ändern zu können. Darin liegt die größte Lektion dieser tragischen Geschichte, die nicht abzutun, sondern zu verarbeiten ist. - Von daher gesehen ist es ebenso falsch, die Geschichte des "russischen Sozialismus" als ein ausgefallenes "Experiment" wirklichkeitsfremder Intellektueller anzusehen, wie diesen Sozialismus als eine "Geschichte" abzutun, die mit der "westlichen" nichts gemein hätte.

## DIE NEUE SICHTBARKEIT DER DIFFERENZ DER WEST-UND OSTVARIANTEN DES DEUTSCH-LINKEN ANTI-FASCHISMUS UND IHRE KONSEQUENZEN

Für Grenzgänger zwischen Deutschland West und Deutschland Ost war die Differenz zwischen den prägenden und schematisierten "Antifaschismen" hier und dort nicht unbekannt. Es mußte aber zu dem "gemeinsamen deutschen politischen Raum" kommen, in dem diese nun gleichsam sichtbar nebeneinander auftreten konnten, damit diese Differenz und ihre Bedeutung für die Ausprägung von politischen Identitäten hier und dort deutlich werden konnte.

Auf eine Kurzformel gebracht: während der Hauptakzent der "nachgeborenen" antifaschistisch-linken Identität in der DDR auf dem "sozialistischen" liegt, liegt er in der Bundesrepublik auf dem "Antinationalen".

Es sind genau jene verinnerlichten Akzente oder Momente, die jeweils für Deutsche in Ost und West so etwas wie eine "garantierte antifaschistische Identität" gegenüber einem nicht nur äußeren sondern auch "inneren Faschismusverdacht" dargestellt haben. Die offensichtliche Differenz beider Identitäten macht denn auch deutlich, in welchem Maße die deutschen antifaschistischen Identitäten von den jeweiligen hegemoniellen Mustern des "Antifaschismus" in Ost und West geprägt wurden. Besonders deutlich wurde diese Differenz in den Herbsttagen, als die DDR-Intelligenz schon "freiwillig" und nicht taktisch noch gleichzeitig von "unserem Sozialismus" und vom "deutschen Volk" sprach, während ihr westlicher Gesprächspartner ausnahmslos von DDR- und BRD-Bevölkerung sprach und im allgemeinen schon lange ohne "sozialistische" Identitätstöne. Es sollte uns auch an diesem Beispiel nachdenklich machen, in welchem Maße Identität - ein offenes "Produkt" - etwas ist, das man nicht "mit sich selbst", sondern mit anderen und sogar mit "dem Anderen" ausmacht.

Die eher antinational als antinationalistisch akzentuierte west-deutsche "antifaschistische Identität" der ideologisch-moralisch sensibilisierten Nachkriegsgeneration hat einen eindeutigen Über-Ich-Charakter, d.h.: sie ist die Internalisierung einer strafenden und "bereinigenden" Instanz. Sie ist dann die selbstentlastende Antwort auf den - ursprünglich auf den Krieg der Alliierten zugerichteten - "offiziellen" westlichen "Antinationalsozialismus". Auch in dem Maße, in dem es dem NS-Regime im Laufe des Krieges gelang, größere Teile der mobilisierten Bevölkerung in die Komplizenschaft ihrer Verbrechen einzubeziehen (ein "Erfolg", der sich auch auf einen inneren Terror stützte, dessen deutsche Opfer - wie E. Krippendorf es vor einiger Zeit errechnete - in die Hunderttausende gingen), verzichtete man im "Westen" - für eine geraume Zeit - gänzlich auf eine Differenzierung zwischen Deutschen und Nazis (Hannah Arendt schrieb davon schmerzlich berührt im Jahre 1944). Aber nachhaltiger noch wirkte jene "westlich-antifaschistische" Ideologie, die den Nationalsozialismus als eine einfache Fortschreibung des "Nationalen" der Deutschen wahrnehmen wollte und wahrnahm. Damit gab man - wie es H. Arendt ebenfalls feststellt - nicht nur willkürlich dem nationalsozialistischen Ideologem recht, das von der natürlichen "Einmündung" des Deutsch-Nationalen ins Nationalsozialistische ausging. In dem Maße, wie das Nationale der Deutschen - als eine substantiell gewordene Identität - (in der das "Irrationale", das "Schwärmerische", das "Autoritäre" und das "Aggressive" bestimmend wurden) als der "Wesensgrund" der NS-Verbrechen angesehen werden konnte und so der Verfemung anheimfiel, war darin das "eigene Andere" der - selbstverständlich rein rationalen, liberalen und friedliebenden - "westlichen Demokratien" und ihrer nationalen und imperialen Räume erfolgreich ausgelagert.

Das so bereinigte, um nicht zu sagen "entsorgte" Westliche wurde gleichzeitig die positive, ideologisch-politische Identitätsreferenz der "linken Liberalen" in der Bundesrepublik, - in einer viel "gereinigteren" Fassung als sie jemals anderswo wirksam war, wo immer das Westliche vor allem durch die eigenen symbolisch-politischen Räume vermittelt war. Es war dann - wie öfters aber lückenhaft beschrieben - die Enttäuschungserfahrung des Vietnamkrieges an dieser "antifaschistisch entsorgten" westlichen Identitätsreferenz, die vielfach jenen Umschlag auslöste, in dem nun das "Westliche" (jetzt als das "Kapitalistische" und "Imperialistische") sich wiederum deutlicher als anderswo, mit dem "Faschistischen" ("Schweinesystem") vereinigen konnte. "Heil" mußte dabei die eigene "antifaschistisch-moralische" und vor allem "antinational" gesicherte Identität bleiben.

Hier liegt übrigens einer der Schlüssel (neben der Strafbesessenheit bundesdeutscher Behörden) für die "Resistenz" der RAF-Überbleibsel und ihres Resonanzbodens, aber auch für das - international ziemlich einmalige - politisch nicht ganz bedeutungslose Überleben einer bundesdeutschen militanten "Autonomenszene", die sich von den "realeren" sozialen Kämpfen der 70-er Jahre im Wesentlichen schon längst abgelöst hat. Der Schein, diese Ausnahmesituation hätte überhaupt nichts zu tun mit jenen an nationalen Identitäten sich anknüpfenden Militanzen, die natürlich in anderen Dimensionen sich in Nordirland und um Baskenland erhalten konnten, täuscht. Auch in der BRD bindet sich diese Militanz an eine "Nationalidentität", nur eben an eine negative.

Der deutsch-deutsche Neuvereinigungsprozeß (geschichtlich zunächst mal die gewaltlose Überwindung einer gewaltsamen hundertfach tödlichen und millionenfach erniedrigenden Teilung) bedeutet dann, besonders für diese militante Szene der fast reinen "Identitätspolitik", eine Identitätsbedrohung besonders katastrophaler Art. Sie bekommen durch diesen Prozeß gerade jene "deutsche Identität" zugeschrieben, die, als das im Wesen faschistische und als das symbolisch unvermittelbar "Anderere" sie ebenso "bedroht" wie die fremde "Durchrassung" (rechts-CSU-Ton), ihr Spiegelbild auf der "anderen Seite". Wie wir aber gesehen haben, durchzieht die Problematik dieser Identitätspolitik in abgestufter Weise viele weitere Kreise der linken und linksliberalen "antifaschistischen Intelligenz". Das trotz aller üblen Nebentöne befreiende Moment der Überwindung einer fremd- und gewaltbestimmten Teilung erscheint dann - für eine durch Identitätsängste oder durch die Identifizierung mit moralischen Strafinstanzen desensibilisierte Szene als Wirkung eines verhängnisvollen "Vereinigungsphantasmas".<sup>7</sup>

Die "sozialistische" Eigenheit der "antifaschistischen Identität" in der DDR enträtselt sich auch aus den Identifikationsprozessen mit - und gegenüber - einem "offiziellen Antifaschismus", nicht nur ideologisch-marxistischer, sondern auch spezifischer leninistisch-politischer Provenienz.<sup>8</sup>

Auf einer ersten Ebene wird ersichtlich, daß eine marxistisch eingefärbte Faschismuswahrnehmung, deren "wirkender Hintergrund" in den Involutionen des "Kapitalistischen" (und nicht in denen des spezifisch deutsch-Nationalen) ortet. So fixiert sich in der DDR - auch hier in einem dominierend-schematischen Negativbezug - die antikapitalistisch-sozialistische Identität als eine äußere und innere Garantie gegen das "Faschistische". Die "harte Armierung" des "DDR-Sozialismus" war eine spezifische (und damit auch deutschspezifische) "antifaschistische Armierung". Der "antifaschistische Schutzwall" der "sozialistischen Nation" war dafür der härteste Beweis und ihre wirksamste Zentralsymbolik. Hier nur nebenbei: die Entwicklung hin zum "Mauerbau" und zu der "Sondernation" tritt erst ein, als der Anspruch der SED zusammenbricht, das eindeutig "progressiv-Nationale" - für dessen Zwecke das "deutsche historische Erbe" seit den Bauernkriegen säuberlich zweigeteilt wurde - in ganz Deutschland, d.h. im progressiv-demokratischen Gesamtdeutschland durchzusetzen bzw. hegemoniefähig zu machen. So war demnach auch die "antifaschistische Massenkundgebung", die die SED-PDS nach den antisowjetischen Bemalungen des Ehrenmals in Treptow noch auf die Beine gebracht hat, der letzte Versuch des Regimes, seine Einbindungsformel - in wie reformierter Weise auch immer - noch offensiv zu artikulieren. Erst als endgültig klar wurde, daß die Bürgerbewegungen und die neuen politischen Gruppierungen der demokratischen Herbstrevolution sich nicht mehr in die Hegemonie dieser "antifaschistischen Artikulation" einbinden lassen, und daß diese letztere auch

---

<sup>7</sup> Charakteristisch dazu sind die Artikel des Frankfurter Magazins "Links" (das schon bessere Zeiten gesehen hat), die sich in diesem Thema mit den altbekannten überlegenen linken Menschenverächtern und Mauerverteidigern des Hamburger Magazins "Konkret" "neuvereinigen" - , in moralischen Tönen, versteht sich. Schematische Identitätsprägungen sind eben schwerer zu durchbrechen als "dogmatische Ideologien".

<sup>8</sup> Mit letzterem ist gerade jenes potenziell "offene" Moment der "leninistischen" Politik gemeint, die hegemoniegerichtet, und so im Gegensatz zu den puristischen und letztlich immer politikverleugnenden Artikulationen des "modern-Internationalistischen", die "demokratisch-revolutionäre Politik" - bei aller Belastung durch das marxistische "Wissenschaftswissen" - auch als eine traditionsbezogene Politik artikulierte, die sich innerhalb eines konkreten, symbolischen Raumes (d.h. in der Moderne: innerhalb eines nationalen Raumes) abspielte, ebenso wie sie ihn artikulierte.

kein Kristallisationspunkt mehr sein kann in der politischen Landschaft der DDR, brachen die Illusionen einer "reformierten SED-Hegemonie" endgültig zusammen.

Die "harte" Verankerung der "sozialistischen Betonung" der DDR-spezifischen "antifaschistischen Identität" erklärt übrigens das lange Festhalten in der DDR-Intelligenz am "Sozialismus", das sich so als Festhalten nicht an einem "positiven" Sozialismus, sondern an einer negativbestimmten Identität entpuppt. Dieses Festhalten war besonders für die vormals marxistische Intelligenz des restlichen Ost- und Mitteleuropas, in dem die letzten "aufrichtigen" marxistisch-leninistischen Intellektuellen schon vor fast 10 Jahren ausgestorben waren, ein Rätsel, das sie oft - fälschlicherweise und mit nationalistischen Untertönen - als Ausdruck eines "roten Preußentums" zu identifizieren versuchten.

Die besagte Verankerung war dennoch stark genug, um zwei Effekte zu zeitigen, deren Folgen in die deutsche und somit auch europäische Geschichte der nächsten Jahre eingehen werden.

Zum einen führte sie als eine rational-moralische Intellektuellenidentität trotz aller kritischen Nebentöne zu einer Legitimierung der Grundstruktur des DDR-Regimes, die dann auch die unproblematische Entgegennahme der "Intellektuellenbegünstigungen" möglich machte. Diese Privilegienposition vergrößerte dann - zusammen mit der offensichtlichen Weigerung der DDR-Intelligenzprominenz, den Konflikt mit dem letztlich nur Stasi-gestützten Regime wirklich aufzunehmen - den Graben zwischen der "sozialistischen Intelligenz" und dem "Überdruß des Volkes" auch noch in die Zeiten des Herbstaufbruchs hinein. Man erinnere sich des unglückseligen Aufrufs von Heym, Christa Wolf und andern noch im Dezember, in dem vor allem eine totale Fehlwahrnehmung der Glaubwürdigkeit und Legitimität des "Platzes von woher sie sprechen" ausmachbar ist. Dieser Graben - dessen Spezifität wir nur gewahr werden, wenn wir uns die gänzlich andere Rolle der politisch-ethisch sensibilisierten Intelligenz in den anderen Ländern Ost-Mitteleuropas im Aufbruch schon seit Solidarnosc vergegenwärtigen - hat zweifelsohne zum Fehlen jener Bindungs- und Identitätsmomente beigetragen, die in der DDR jene "anomische Situation" geschaffen haben, in der dann panische und regressive Prozesse verschiedener Art überhaupt greifen konnten.

Man sieht so auch, ein Stück wenigstens, daß die in der letzten Zeit in der BRD aufgetretenen Kritikerinnen (Monika Maron, Freya Klier) der "sozialistischen Intelligenz und Prominenz" der DDR "in der Sache" zweifellos Recht haben, ohne hinter den Haltungen der kritisierten DDR-Intelligenz eine stillschweigend vorausgesetzte - Korrumperbarkeit läge: Identitätsfallen haben eine andere und nur schwerer zu durchbrechende Logik.

Die "sozialistische" Betonung des "Antifaschistischen" in der DDR verschonte jedoch andererseits die dortige Intelligenz von jener eher zwanghaften Identifizierung mit dem "gereinigt-Westlichen", an der der Großteil ihrer westlichen "Brüder und Schwestern" - zum Teil generationsspezifisch - fixiert bleibt. Dies schafft - heute in der DDR, aber morgen vielleicht auch in einem neu geeinigten Deutschland - dann auch jene produktive Nähe zu den ost-mitteleuropäischen Entwicklungen, in denen die auch symbolische und historisch spezifizierte Artikulation des Demokratischen kein "Rückfall" gegenüber einer rein "zivilen" und "universalistischen" Gesellschaftsverfassung ist, sondern eher ihr Demokratiekomplement sein könnte, das nicht nur rationalisiert ist.

#### NEUE FRAGEN IM NEUEN HISTORISCHEN LICHT

Die Sensibilisierung, die Öffnung gegenüber den "neuen Sichtbarkeiten", die in den Aufbrüchen des "Ostens" und in den Reaktionen des "Westens" auftauchen, ist in diesen Tagen gewiß die Vorbedingung für jene Politikerneuerung, die - um ein Wort des frühen Hegel zu variieren - "die Menschen unbewußt suchen und bewußt ersehnen".

Nichts beweist dies heutzutage besser als das selbstverdummende und identitätsbestätigende Geschrei vom "Sieg des besseren Systems" auf der einen Seite und der ebenso rückwärtsgewandte und identitätseinnagelnde Elitärdiskurs über den "Wiedervereinigungstaumel" des "Pöbels" und über den "völkischen Rummel" im Osten.

Diese Vorbedingung genügt aber nicht. Was ansteht ist, daß wir versuchen, die politisch produktiven Fragen im Licht der neuen Ereignisse zu formulieren.

So könnten wir versuchen zu fragen: Wenn es so ist, daß die Entstehung grün-demokratischer Politik und ihrer Träger einerseits und einer Demokratieartikulation gegen die Tyrannei des "sozialistischen Wissens" andererseits, die beiden einzigsten wirklichen europäischen Erneuerungen der europäischen Nachkriegszeit darstellen: gibt es etwas, das sie verbindet und auf das sie vielleicht noch unbemerkt hinweisen?

Wenn es stimmt, wie Antje Vollmer es unlängst formulierte, daß die Grüne Politikererneuerung vielleicht vor allen Dingen dadurch steckenblieb, daß dem Träger, dem "Signifikanten" dieser Politikererneuerung das Verlassen des "Rechts-Links-Lagers nicht gelungen ist": was hat denn diesen so notwendigen Aufbruch aus diesem "Lager" blockiert? Und: Woran lag es, daß die Träger der politischen Erneuerung in Mittel- und Osteuropa dieses Lager in der Regel eher verlassen konnten, auch wenn die bundesdeutsch eingeübte Medienlandschaft - die schon mit der "Einkodierung" von Solidarnosc ihre Schwierigkeiten hatte - jetzt das "Bündnis 90" in der DDR/"Neues Forum", "Demokratie Jetzt" und "Bewegung für Frieden und Menschenrechte"/ partout - und gegen dessen Selbsteinordnung - "links" einordnen will?<sup>9</sup>

Und überhaupt: Was ist eigentlich die politische Problematik, die mit dem "Verlassen" dieser Lager-einteilung (oder auch: mit dem Verlassen dieser imaginär und moralistisch überbesetzten Topologie) entstehen könnte? Könnte es - in einer spezifischen Weise im deutschen Raum - auch mit dem Ausbrechen aus jener Identitätsfalle zusammengehen, die wie gezeigt der "doppeldeutschen" antifaschistischen Armierung von Politiken zustande kam, die antagonistisch auf "böse Wesenheiten" ("das Deutsche", "das Kapitalistische") zugespitzt sind?

Und schließlich: wie können "Frontpolitiken" zu Politiken um "Probleme herum" verwandelt werden, ohne daß "Probleme" ("das Ökologische", "die Fremdenabwehr" usf.) zu "Sachfragen" reduziert werden?

Es gibt vielleicht nur selten historische Momente, in denen das Fragen "befreiter" wird und vielleicht auch wirksamer, nützlicher.

(c) Zoltán Szankay, Bremen Januar-Februar 1990

Zentrale Teile dieses Textes stammen aus zwei Referaten, die ich in der Teach-In-Reihe der Universität Bremen (Einladung zum Nachdenken inmitten großer Veränderungen, 12. - 14.2.1990) gehalten habe. - Andere stammen aus Diskussionszusammenhängen der Partei Die Grünen.

Hans Scheulen hat entschieden dazu beigetragen, daß die Endfassung der schwierigsten Passagen des Textes einiges an Verständlichkeit und an Lesbarkeit gewonnen haben. Ihm und Boris Blaha (beide Universität Bremen) muß ich auch für die intensiven Diskussionen danken, denen die theoretischen Teile des Textes viel schulden.

---

<sup>9</sup> Dies unter der für uns gültigen Voraussetzung, daß die neuen Träger des demokratischen Diskurses ihre Selbstverortung nicht bloß reaktiv vornehmen, sondern eher "gegenüber" einer politischen Problemlage (zu der auch die "Parteilichkeit" innerhalb des repräsentativ-Demokratischen gehört) sowie gegen das Wirken von imaginären Lageridentitäten.